

Antrag 38/II/2023

Jusos Brandenburg

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Der/Die Bundesparteitag möge beschließen: Der/Die Landtagsfraktion möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

zurückgestellt

Zwischen Sternen und Machtstrukturen: Europas Antwort auf den Raumfahrtimperialismus

1 Deutschlands Beitritt zu den "Ar-
2 temis Accords" zeigt einen ver-
3 passten Schritt, die ESA – die ge-
4 meinsame Raumfahrtorganisati-
5 on Europas – zu stärken. Dadurch
6 begibt sich Deutschland in Ab-
7 hängigkeit von den USA und fes-
8 tigt deren Monopolstellung.

9 Demgegenüber steht, dass ei-
10 ne gestärkte ESA für Deutsch-
11 land und die anderen europäi-
12 schen Bündnisstaaten langfris-
13 tig einen wirtschaftlichen Auf-
14 schwung sowie eine von ame-
15 rikanischen Machtinteressen un-
16 abhängige Raumfahrtorganisati-
17 on bedeuten würde.

18 Die SPD-Fraktion im Deutschen
19 Bundestag und der Bundes-
20 vorstand der SPD werden auf-
21 gefordert, sich innerhalb des
22 Bundestags und innerhalb der
23 SPD-geführten Bundesregierung
24 dafür stark zu machen, dass die

Anpassung der Zeilen 16 und 22,
danach Überweisung an Bundes-
tagsfraktion

25 imperialistischen Machtstruktu-
26 ren der USA in der Raumfahrt
27 nicht weiter unterstützt wer-
28 den. Ein nationales Gesetz soll
29 geschaffen werden, dass Raum-
30 fahrt und private Raumfahrt
31 reguliert und dabei die euro-
32 päische Weltraumorganisation
33 ESA stärkt. Bei dieser Gesetz-
34 gebung sollte im Vordergrund
35 stehen, eine antiimperialistische
36 Zusammenarbeit zwischen al-
37 len Nationen zu fördern. Um
38 die ESA nachhaltig zu stärken,
39 sollte die staatliche Förderung
40 für Forschung und Entwicklung
41 im Bereich Raumfahrt erhöht
42 werden. Ferner sollte die von der
43 SPD geführte Bundesregierung
44 bestrebt sein, aus dem Vertrag
45 "Artemis Accords" mit den USA
46 umgehend auszutreten.

47 Die Grundwerte der SPD be-
48 schränken sich nicht auf Länder-
49 grenzen oder Höhenangaben.
50 In der Raumfahrt müssen Si-
51 cherheit, Nachhaltigkeit und
52 Gerechtigkeit verteidigt werden,
53 sodass in einem "rechtsfreien"
54 Raum weiterhin die Stärkung
55 unserer Demokratie, der Kli-
56 maschutz und nachhaltiges
57 wirtschaftliches Wachstum im
58 Vordergrund stehen.

59 **Begründung**

60 Die UN-Generalversammlung
61 verfolgte die friedliche Nutzung
62 des Weltraums und gründete das
63 "Committee of the Peaceful Uses
64 of Outer Space" (COPUOS). Die-
65 ses beschäftigte sich mit offenen
66 Rechtsfragen und entwickelte
67 von 1961 bis 1963 ein rechtliches
68 Rahmenwerk, das von der UN-
69 Generalversammlung empfohlen
70 wurde. Obwohl nicht verbindlich,
71 bildete es die Grundlage für
72 das spätere Weltraumgesetz.
73 Seit Dezember 1961 wurden
74 UN-Mitgliedstaaten ermutigt, das
75 Völkerrecht auch im Weltraum
76 anzuerkennen und Forschungs-
77 ergebnisse allen Staaten zugäng-
78 lich zu machen. Es wurden auch
79 Regelungen zur Nutzung von
80 Weltraumressourcen festgelegt.
81 Ab 1963 wurde die militärische
82 Nutzung des Weltraums be-
83 handelt, und nukleare sowie
84 andere Massenvernichtungs-
85 waffen im All wurden verboten.
86 Dies unterstrich die gemeinsa-
87 me Nutzung des Weltraums für
88 die gesamte Menschheit. Die
89 völkerrechtliche Verantwortung
90 für Weltraumaktivitäten liegt bei
91 den jeweiligen Staaten, unab-
92 hängig von ihrer staatlichen oder

93 privaten Natur. Diese Prinzipien
94 wurden im UN-Weltraumvertrag
95 vom 27.01.1967 festgehalten,
96 den mittlerweile 107 Staaten
97 unterzeichnet haben.

98 Die fortlaufende Entwicklung der
99 Raumfahrt und die Zunahme
100 privater Akteure erfordern recht-
101 liche Anpassungen. Staaten sind
102 aufgefordert, nationale Gesetze
103 zur Regulierung der privaten
104 Raumfahrt zu erlassen, was von
105 vielen Staaten bereits umgesetzt
106 wurde. Deutschland hingegen
107 hat trotz Unterzeichnung des
108 Vertrags noch kein entsprechen-
109 des Gesetz verabschiedet.

110 Ein erhebliches Problem ist der
111 Weltraumschrott, der aus aus-
112 gedienten Objekten wie Rake-
113 tenresten oder defekten Satel-
114 liten besteht. Bereits heute ist
115 ein Ring aus Weltraumtrümmern
116 um die Erde sichtbar. Unter-
117 nehmen wie SpaceX sind füh-
118 rend in der Entwicklung wieder-
119 verwendbarer Raketen, doch es
120 gibt noch keine internationalen
121 Regelungen zur Begrenzung von
122 Weltraummüll. Innovative Ansät-
123 ze wie das Schweizer Projekt
124 "Clean Space One" zielen darauf
125 ab, Weltraumschrott gezielt ein-
126 zusammentreiben und zu beseitigen. Es

127 besteht jedoch Bedarf an gesetz-
128 lichen Regelungen, um Unterneh-
129 men zu regulieren und langfristig
130 Weltraumschrott zu reduzieren.

131 Ein nationales Raumfahrtgesetz
132 würde Deutschland wirtschaftlich
133 vorantreiben und in eine Spit-
134 zenposition bringen. Es würde
135 Investitionen und Innovationen
136 fördern, und viele internationale
137 Unternehmen könnten Deutsch-
138 land als ihren EU-Standort
139 wählen. Dies würde nicht nur die
140 Raumfahrtindustrie ankurbeln,
141 sondern auch in Bereichen wie
142 Landwirtschaft, Logistik, Verkehr,
143 Versicherung, Energiesektor,
144 Pharmaindustrie und Infra-
145 struktur positive Auswirkungen
146 haben. Die Raumfahrt kann auch
147 zur Erreichung der Klimaziele
148 beitragen, indem sie ermöglicht,
149 Ressourcen umweltgerecht zu
150 nutzen und Waldbrände ge-
151 nauer zu überwachen und zu
152 bekämpfen.

153

154